**Satzung
der Stadt Hennigsdorf über die Sondernutzung von öffentlichen Straßen
und die Erhebung von Sondernutzungsgebühren**

Aufgrund der §§ 2 und 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S.286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.03.2013 (GVBl. I/13, [Nr. 09]) i. V. m. §§ 9, 9a, 14, 18 und 21 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) vom 28. 07.2009, zuletzt geändert durch Gesetz vom 8.10.2011 (GVBl. I/II, [Nr. 24]), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hennigsdorf am 08.05.2013 folgende Satzung beschlossen.

**§ 1
Sachlicher Geltungsbereich**

Diese Satzung regelt die Behandlung von Sondernutzungen gem. §§ 18, 19 BbgStrG an öffentlichen Straßen (§ 2 BbgStrG) sowie die Bemessung von Gebühren für die Sondernutzung, § 21 BbgStrG.

**§ 2
Gemeingebrauch, Sondernutzung und Gebührenpflicht**

1. Der Gemeingebrauch und die Sondernutzung an öffentlichen Straßen bestimmt sich nach den Regeln der §§ 14, 18, und 19 BbgStrG.
2. Erlaubnisfreie Sondernutzungen sind in § 19 Satz 1 BbgStrG und in § 4 dieser Satzung geregelt.
3. Sondernutzungen sind gebührenpflichtig. Die Gebühren sind aus der Anlage I zu dieser Satzung zu entnehmen. Die Anlage I ist Bestandteil dieser Satzung.

**§ 3
Erlaubnispflichtige Sondernutzung, Erlaubnisverfahren**

1. Sondernutzungen sind – mit Ausnahme der unter § 4 benannten – erlaubnispflichtig.
2. Die Erlaubnis zur Sondernutzung wird nur auf Antrag erteilt. Sie ist rechtzeitig, spätestens aber sieben Tage vor dem beabsichtigten Beginn der Sondernutzung zu beantragen. Der Antrag ist schriftlich gegenüber der Stadt Hennigsdorf zu stellen. Der Antrag muss den Ort, die Zeit, die Dauer und die Art der beabsichtigten Sondernutzung enthalten.
3. Erlaubnisse werden durch Bescheid und nur auf Zeit oder Widerruf erteilt und können mit Bedingungen versehen und mit Auflagen verbunden werden.
4. Weitere Anforderungen an die Antragstellung für und die Durchführung der Sondernutzung ergeben sich aus § 18 BbgStrG.

§ 4

Erlaubnisfreie Sondernutzung, Anzeigeverfahren

1. In dem in dieser Satzung geregelten Umfang sind Sondernutzungen von der Erlaubnispflicht befreit. Erlaubnisfreie Sondernutzungen nach § 18 Abs. 1 Satz 4 i. V. m. § 19 S. 1 BbgStrG. sind danach allgemein: Die Nutzung von an Grundstücke angrenzende Straßenteilen innerhalb geschlossener Ortslage über den Gemeingebrauch hinaus zum Zwecke der Nutzung dieser Grundstücke, sofern diese Benutzungen zur Nutzung der Grundstücke erforderlich sind, den Gemeingebrauch nicht dauernd ausschließen oder erheblich beeinträchtigen und nicht in den Straßenkörper eingreifen. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, prüft die Stadt Hennigsdorf auf Basis der Anzeigen von geplanten erlaubnisfreien Sondernutzungen in jedem Fall.
2. Erlaubnisfreie Sondernutzungen sind :
 - die kurzzeitige Lagerung von Bau- und Heizmaterial am Straßenrand (Begleitgrün); als kurzzeitig zählt nur die Lagerung an einem einzigen Tag in der Zeit von 6.00 Uhr bis max. 20.00 Uhr;
 - das Breitstellen von Sperrmüll unmittelbar vor bestätigten Sammlungen; erlaubnisfrei ist nur die Bereitstellung maximal am Abend vor der bestätigten Sammlung;
 - das Aufstellen von Container für kurzzeitige Entsorgungen sowie das Aufstellen von Halteverbotsschildern mit Genehmigung der zuständigen Straßenverkehrsbehörde für Umzüge; erlaubnisfrei ist nur die Aufstellung an einem einzigen Tag in der Zeit von 6.00 Uhr bis max. 20.00 Uhr.
3. Erlaubnisfreie Sondernutzungen sind anzeigepflichtig.
4. Die Anzeige einer erlaubnisfreien Sondernutzung hat rechtzeitig, spätestens aber sieben Tage vor Beginn der beabsichtigten erlaubnisfreien Sondernutzung zu erfolgen. Die Anzeige ist schriftlich gegenüber der Stadt Hennigsdorf zu stellen.
5. Die Stadt Hennigsdorf teilt dem Anzeigenden unverzüglich, spätestens jedoch drei Tage vor dem Beginn der geplanten erlaubnisfreien Sondernutzung durch Bescheid mit, ob und ggf. mit welchen Ausübungsvorgaben die Sondernutzung stattfinden darf.

§ 5

Ausübung von erlaubnisfreien Sondernutzungen

1. Erlaubnisfreie Sondernutzungen sind möglichst schonend auszuüben. Belästigungen oder Beeinträchtigungen Dritter sind auf ein unvermeidliches Minimum zu beschränken.
2. Weitere Ausübungsvoraussetzungen können durch Bescheid nach § 4 Abs. 4 dieser Satzung geregelt werden.

§ 6 Gebühren für die Sondernutzung

1. Für die Sondernutzungen (mit Ausnahme der erlaubnisfreien Sondernutzungen) werden Gebühren nach Maßgabe der anliegenden Gebühren - Anlage I zu dieser Satzung erhoben. Die Anlage I ist Bestandteil dieser Satzung.
2. Die Gebühren für die Sondernutzung werden durch Bescheid erhoben. In dem Bescheid wird die Fälligkeit der Gebühren bestimmt.
3. Die Gebühr entsteht mit dem Beginn der Sondernutzung
4. Die Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis oder die Bescheidung einer Anzeige über erlaubnisfreie Sondernutzungen bleibt unberührt.

§ 7 Gebührensschuldner

1. Gebührensschuldner sind der Inhaber der Erlaubnis und der Sondernutzer.
2. Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner für dieselben Schulden.

§ 8 Gebührenbefreiung, -ermäßigung und -erstattung

1. Die Sondernutzungsgebühr kann erlassen oder ermäßigt werden, wenn die Sondernutzung unmittelbar im Auftrag der Stadt vorgenommen wird und nicht überwiegend kommerziellen Charakter trägt.
2. Von der Erhebung einer Gebühr können weiterhin Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, öffentlich- rechtlichen Religionsgemeinschaften, karitative Verbände und gemeinnützige Organisationen ganz- oder teilweise befreit werden, sofern die Sondernutzung im öffentlichen Interesse liegt, unmittelbar der Durchführung ihrer Aufgaben dient und nicht ihrem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zuzurechnen ist.
3. Weitere Ausnahmen kann der Hauptverwaltungsbeamte der Stadt oder der von ihm dazu bestimmte Vertreter nach pflichtgemäßem Ermessen zulassen.
4. Wird eine Sondernutzungserlaubnis vom Erlaubnisnehmer aus Gründen, die durch die Stadt Hennigsdorf nicht vertreten sind, nicht in Anspruch genommen oder Sondernutzung vorzeitig aufgegeben, so hat er grundsätzlich keinen Anspruch auf Gebührenerstattung.
5. Gebühren werden anteilmäßig erstattet, wenn die Stadt Hennigsdorf eine Sondernutzungserlaubnis aus Gründen widerruft, die nicht vom Erlaubnisnehmer zu vertreten sind.

§ 9
Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrigkeiten werden nach den Vorschriften des § 47 BbgStrG geahndet.

§ 10
Inkrafttreten / Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Hennigsdorf, 09.05.2013

gez. Schulz
Bürgermeister

Anlage I - Gebührentarife

Anlage I

Gebührentarif zur Sondernutzungssatzung der Stadt Hennigsdorf

Die ermittelten Sondernutzungsgebühren werden auf volle Euro gerundet.
Die Mindestgebühr beträgt 10,00 Euro, sofern der Gebührentarif keine andere Gebühr vorsieht.

Tarif Nr.	Art der Sondernutzung	Berechnungszeitraum	Gebühr in Euro je angefangenen m² Fläche
1.	Aufstellen und Auslegen von Waren aller Art (einschl. im Reisegewerbe) (01.03. bis 15.11.)	täglich monatlich Saison	0,50 12,00 70,00
2.	Aufstellen von Tischen u. Sitzgelegenheiten zu gewerblichen Zwecken (01.3. bis 15.11)	täglich wöchentlich Saison	0,50 1,00 25,00
3.	Weihnachtsbaumhandel	täglich	0,12
4.	Flächen für Volksfeste, Jahrmärkte, u.a. Veranstaltungen	täglich <u>-pauschal-</u> bis 2000 m² 2000 bis 3000 m² über 3000 m²	50,00 100,00 150,00
5.	Ausschank- und Versorgungsstände	täglich wöchentlich	3,50 20,00
6.	Zirkusgastspiele (je 100 m²)	je Woche	25,00 – 50,00
7.	Schaustellerveranstaltungen (je 500 qm Veranstaltungsfläche)	täglich	20,00
8.	Aufstellen von Gerüsten sowie sonstigen Baustelleneinrichtungen	je angefangene Woche	0,70

Tarif Nr.	Art der Sondernutzung	Berechnungszeitraum	Gebühr in Euro je angefangenen m² Fläche
9.	Lagerung von Baustoffen und anderen Materialien	je angefangene Woche	1,80
10.	Schuttcontainerje	angefangene Woche	5,00
11.	Fahrradabstellrichtungen u. vergleichbare Nutzungen	monatlich	10,00
12.	Sondernutzungen von abgemeldeten Kraftfahrzeugen, Anhänger	je angefangene Woche	12,00
13.	Oberirdische Leitungen aller Art, die nur vorübergehend verlegt werden und nicht den Zwecken der öffentlichen Versorgung dienen	je angefangene 100 lfd. m monatlich	0,80
14.	Einwurfsvorrichtungen, Sammelbehälter und vergleichbare Anlagen	monatlich jährlich	7,00 80,00
15.	Kübel, Bänke, Behälter sowie sonstige vergleichbare Nutzungen	wöchentlich	2,00
16.	Sondernutzung nach Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Einfahrt in die Fußgängerzone	wöchentlich	10,00 pro Fahrzeug
17.	Kurzzeitwerbung an Lichtmasten je Plakat bis A1 größer A1	täglich täglich	1,00 2,00
18.	Mobile Werbeaufsteller (Klappaufsteller / Windfahnen) Bis. 1 m ² (je Seite) ab 1 m ² (je Seite) an der Stätte der Leistung	monatlich	15,00 20,00